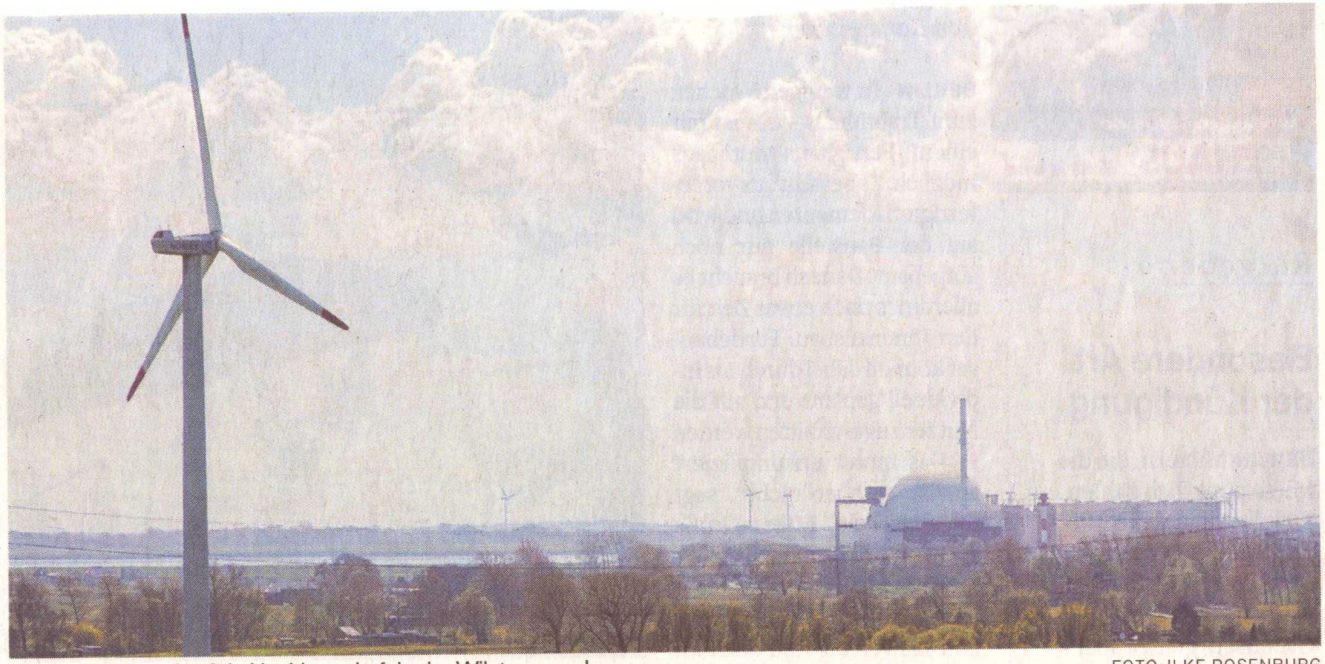
Bericht in der Norddeutschen Rundschau v. 22.8.20

mit der Überschrift „Wissens und Informationslücken“ Bürgerinitiative MIT-Kernenergie widerspricht BUND-Vorwürfen zum Rückbau des Kernkraftwerks Brokdorf

Von Ilke Rosenburg



Wind- und Atomkraft in Nachbarschaft in der Wilstermarsch. FOTO: ILKE ROSENBURG

BROKDORF Die Bürgerinitiative MIT-Kernenergie bemängelt „eklatante Wissens- und Informationslücken beim BUND“. Der Naturschutzbund warnte zuletzt öffentlich vor einer Atomkatastrophe. Die Behauptungen der Naturschützer seien „nachweislich falsch“, weshalb die Bürgerinitiative einiges richtigstellen wolle.

An erster Stelle widersprechen die MIT-Vertreter Hauke Rathjen und Roland Wink in der Presseerklärung der Aussage, dass Atomstrom die Netze blockiere. Es gelte in Deutschland das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Darin sei „unmissverständlich geregelt, dass die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen Vorrang vor der Einspeisung aus konventionellen Quellen hat“. Und das heiße: „Wenn Sonne und Wind Strom liefern, muss das Kernkraftwerk Brokdorf heruntergeregelt werden. Dies geschieht regelmäßig mehrmals täglich. Wenn dann aber die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht, springt das Kernkraftwerk Brokdorf ein und liefert Strom.“

Atomstrom blockiere also nicht die Netze, sondern sei „derzeitig nachweislich einer der wichtigsten Garanten für die Netzstabilität“. Diese Aufgabe werde nach dem Atomausstieg im Jahr 2023 von den verbliebenen Kohlekraftwerken und den Kern- und Kohlekraftwerken im Ausland übernommen werden müssen. Der Behauptung, der Rückbau in Brokdorf werde unnötig hektisch, halten die MIT-Kernenergie-Vertreter entgegen, dass der Rückbau in Brokdorf mindestens 20 Jahre andauern werde.

Rückbau dauert mindestens 20 Jahre

„Wenn das Kernkraftwerk Brokdorf während der Betriebsphase Anträge für die Stilllegung und den Rückbau stellt, dann unterstreicht der Betreiber damit lediglich die Ernsthaftigkeit, mit der er den Rückbau betreiben will“, unterstreichen Rathjen und Wink. Unabhängig davon müssten die gesetzlichen Forderungen erfüllt werden. „Eine davon steht im Atomgesetz und lautet unmissverständlich ‚unverzüglicher Rückbau!‘“. Zudem bedeute das Stellen des Antrages noch nicht den Beginn der entsprechenden Arbeiten, fügen sie mit Blick auf die Genehmigungsverfahren hinzu.

Dass die Lagerung von Brennelementen im Abklingbecken bis 2026 der Dekontamination im Wege stehen soll, darin sehen die Kernkraftbefürworter „einmal mehr die fehlenden Grundkenntnisse auf Seiten des BUND“. Die Dekontamination nuklearer Anlagenteile könne unmittelbar nach Abschalten der Anlage beginnen. Ob und wie viele Brennelemente dann im Abklingbecken stünden, sei dafür „völlig irrelevant“. Aber: „Brennelemente stehen im Abklingbecken, damit sie abklingen können und damit an radioaktiv verlieren.“

Rathjen

Auch der Vorwurf, die Sicherheitsanforderungen des Standortzwischenlagers in Brokdorf in Bezug auf Unfälle und Angriffe würden nicht erfüllt, sei unwahr. Das Standortzwischenlager in Brokdorf habe eine Betriebsgenehmigung bis 2047. Demnach seien alle an das Lager gestellten Sicherheitsanforderungen erfüllt und behördlich bestätigt.

Die kritisierten Grenzwerte für den Rückbau basierten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Ziel sei, schädliche Auswirkungen auf die Umwelt und menschliche Gesundheit zu vermeiden. „Fakt ist: Die Grenzwerte, die für deutsche Kernkraftwerke gelten, werden in Deutschland seither strikt eingehalten und vom Kernkraftwerk Brokdorf beispielsweise regelmäßig deutlich unterschritten.“ Das werde auch in der Phase des Rückbaus der Fall sein und „von den Behörden genauestens überwacht.“ Und schließlich machen Rathjen und Wink darauf aufmerksam, dass gering strahlender Müll auf Deponien eine Radioaktivität von maximal 10 Sievert (Sv) im Jahr erreiche. Zum Vergleich: Ein erwachsener Mensch strahle auf Grund seiner natürlichen „Baumaterialien“ mit 300 Sv im Jahr.

Die Bürgerinitiative fordert den BUND und weitere Anti-AKW-Organisationen auf, den Rückbau der Kernkraftwerke „nicht länger mit unhaltbaren Argumenten zu behindern“.